Länge gegangen. Die Alliierten hätten bisher nicht bewiesen, daß sie die Rechtmäßigkeit der türkischen Forderungen anerkennen.

Englische Konzessionen in der Meerengenfrage.

Bis am Dienstag abend bekannt wurde, ist die zweite Sitzung über die Meerengenfrage auf Mittwoch vormittag festgesetzt worden. In Konferenzkreisen wird versichert, Curzon werde im Namen der Alliierten eine Erklärung über die Meerengenfrage abgeben, die von der alliierten Note vom 25. September ausgehe, aber verschiedene Konzessionen enthalten solle. Ueber die allgemeinen Linien dieser Erklärung wurden in der Nacht folgende Vermutungen geäußert: Sie wird volle Freiheit für Handelsschiffe fordern, aber in Anbetracht des Umstandes, daß eine Handelsschiffahrt ohne militärischen Schutz nicht denkbar ist, auch die Durchfahrt der Kriegsschiffe, allerdings in beschränkter Form, verlangen. An der Entmilitarisierung der Küsten soll festgehalten werden.

Deutschenhetze in Belgien.

Unter den Vereinen ehemaliger Kriegsteilnehmer in Belgien führen diejenigen, deren Mitglieder der sozialistischen Richtung angehören, in ihrem Banner das Bild eines belgischen Soldaten, der sein Gewehr über dem Knie zerbricht. Diese Verherrlichung des pazifistischen Gedankens hat in den nationalistischen Kreisen Belgiens große Entrüstung erregt und man muß ja auch sagen, wie immer man zur Frage des Pazifismus steht, daß diese Darstellung auf einem Banner reichlich geschmacklos ist.

Diese Tatsache berechtigt aber noch nicht die Gegenpartei, d. h. den belgischen Chauvinismus, mit einer Kundgebung zu antworten, die nicht minder geschmacklos und zugleich eine gemeine Beleidigung gegen Deutschland ist. Ein belgischer Zeichner, der auf den wohltönenden Namen „Ochs" hört, hat sich berufen gefühlt, der Entrüstung über das sozialistische Banner „künstlerischen" Ausdruck zu leihen und ein anderes Bannerbild zu schaffen, daß einen belgischen Soldaten mit gehobenem Gewehrkolben darstellt. Unter diesem Bilde sind die Worte zu lesen: „Ich möchte mein Gewehr an den Mäulern der Boches zerbrechen." Der Verband der nichtsozialistischen ehemaligen Kriegsteilnehmer in Belgien hat jetzt beschlossen, sein Banner mit diesem Bild zu schmücken und der belgische General Lemercier hat vom König den Auftrag erhalten, dem Verbande ein mit diesem Bilde „gezieretes" Banner zu übergeben.

Zum Urteil im Scheidemannprozeß.

Zur Begründung des Strafmaßes führte der Vorsitzende des Gerichtshofes Dr. Schmidt aus: Was das Strafmaß anlange, so sei hervorzuheben, daß die Angeklagten keine Spur von Einsicht und Reue gezeigt, vielmehr in ihrem Ungehorsam und Widerspruch verharrt hätten, der ein Kennzeichen einer Gesinnung sei, die sie aus ihrem Milieu mitgebracht haben, alles rücksichtslos zu vernichten, was ihren politischen Freunden unbequem erscheine. Dabei liege es selbstverständlich dem Gerichtshof fern, für irgendwelche politische Richtung, auch nicht für die des Herrn Scheidemann Partei zu ergreifen. Ob die Angeklagten von dritter Person angestiftet, unterstützt oder die Mittel von dritter Seite geliefert worden sind, könne an sich dahingestellt bleiben. Mit Bestimmtheit sei es weder erwiesen, noch behauptet worden. Es könne aber nicht verkannt werden, daß die Angeklagten höchstwahrscheinlich ganz im Banne fremder Meinung standen. Zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte sei grundsätzlich davon auszugehen, daß ein politisches Delikt sehr wohl ehrlos sein könne. Es seien allerdings Fälle denkbar, in denen es nicht ohne weiteres ehrlos ist, in Verfolgung politischer Ziele einen Dritten zu schädigen, etwa im offenen Straßenkampf zu töten.

Aber wer aus dem Hinterhalt einen friedlich gesinnten Bürger überfalle und dann behaupte, es lägen dabei politische Motive zugrunde, könne sich nicht das Recht anmaßen, daß es ihm von Gott verliehen sei. Wer einen Menschen als solchen in Gegenwart von Tochter und Enkelin zu überfallen sich unterfange, der kämpfe nicht für Ideale, der handele unter allen Umständen ehrlos.

Steuern und Geldentwertung.

Reichsfinanzminister Hermes hat im Steuerausschuß des Reichstages über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung gesprochen. Diese Anpassung ist auf zweierlei Art notwendig: vom Standpunkt des Steuerzahlers: als Verringerung der Prozentsätze und Hinausschiebung der „Freigrenze"; vom Standpunkt des geldbedürftigen Staates: als Beschleunigung der Eingänge.

Um den Grad dieser Notwendigkeiten zu ermessen, erinnere man sich, unter welchen Verhältnissen die Grundlagen des jetzigen Systems, die geschmähten „Erzbergersteuern" zustandegekommen sind. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 stand die Mark im Ausland auf dreißig bis vierzig Pfennig, ein Jahreseinkommen von zehntausend Mark galt als mittelgroß, eines von dreißigtausend Mark als hoch. Heute bliebe, nach dem Kurswert gerechnet, jedes Einkommen bis annähernd zwei Millionen Mark, nach der inneren Kaufkraft immerhin jedes bis etwa sechshunderttausend Mark unterhalb des Betrages, der vor dem Krieg (in Preußen) als unbesteuerbar galt. Ueberdies aber wird die innere Teuerung während der nächsten Monate unter allen Umständen schnell weitersteigen, und zwar auch dann, wenn die Mark nicht fallen sollte, denn die Preise „passen sich an"; lange vor Beginn des neuen Fiskaljahres wird der Zustand erreicht sein, bei dem auch ein Jahreseinkommen von einer Million Mark gerade noch das „Lebensminimum" ausdrückt.

Daß in Zeiten so rasender Geldentwertung bei Steuern, die nach den Einkommensverhältnissen des vergangenen Jahres berechnet und noch viel verspäteter eingezahlt werden, der Staat zu kurz kommt, versteht sich von selbst: der Versuch, die Einzahlung zu beschleunigen (jeder Steuerpflichtige soll künftighin gleichzeitig mit der Steuererklärung seine Steuerschuld entrichten) braucht darum nicht weiter begründet zu werden. Sehr viel schwieriger sind die Fragen der Anpassung vom Standpunkt des Steuerzahlers: also der Freigrenze, des Tarifes und der Wertermittlung. Die letztgenannte kommt besonders für die Vermögens- und Erbschaftssteuer sowie für die Zwangsanleihe in Betracht. Umrechnung nach dem „Goldwert" des Sachbesitzes greift zu hoch, Einschätzung nach dem (buchmäßigen) Papiermarkwert in der Regel zu niedrig. Wiederum hat der zwangsanleihepflichtige Effektenbesitzer ziffernmäßig viel mehr, tatsächlich bedeutend weniger als in der Ursprungszeit des Gesetzes. Zwischen den Interessen des Staates, der statt der erhofften Goldmilliarde nach den alten Sätzen und Stichtagen vielleicht den Wert von dreißig Millionen erhalten würde, und den des Effektenbesitzers, dessen Vermögen seit Beginn dieses Jahres ziffernmäßig im besten Fall verzehnfacht, tatsächlich auf den vierten Teil gesunken ist, gilt es, irgend einen Ausgleich zu schaffen.

Aus dem allen geht schließlich hervor, daß es sich um Uebergangsmaßregeln und zwar von voraussichtlich sehr geringer Dauer handelt. Einen Goldetat für das nächste Jahr will man nicht, einen Papieretat kann man nicht aufstellen. Alles hängt von der Möglichkeit der „Stabilisierung" ab.

Reichstagsstimmungsbild.

Die Mittwochsitzung des Reichstages, die schwach besucht war, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Erledigung einiger Nachtragsetats. Die von den Sozialdemokraten eingebrachte Teuerungsinterpellation wird von der Regierung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Von besonderer Bedeutung war eine Erklärung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns zu der Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung Schwerkriegsbeschädigter. Der Arbeitsminister teilte mit, daß gegenwärtig in Deutschland rund 850 000 Schwerkriegsbeschädigte gezählt werden. Von diesen seien etwa 15 000 ohne Arbeit und von diesen wiederum die Hälfte nur deshalb, weil es an Wohnungen in der Nähe der reichlich zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze fehle. Der Gesetzentwurf ging dann an den sozialpolitischen Ausschuß und [illegible] wandte sich dem Nachtragsetat für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen zu, der ohne Debatte bewilligt wurde und dem der Nachtragsetat für die Verwaltung des Reichstages folgte. Hier hielt Abg. Hüllein (Kom.) eine lange heftige Rede gegen den Reichsverkehrsminister Groener und wandte sich scharf gegen die Privatisierung der Reichsbahn. In der sechsten Abendstunde kam der Sprecher der Demokraten, Abg. Kniz zu Worte, der sich besonders auch für die Interessen des Handwerks einsetzte. Auch dieser Nachtragsetat wurde bewilligt und nach Ueberweisung des Wahlgesetzes an den Ausschuß vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Kleine politische Meldungen.

Pläne des neuen Reichsernährungsministers. Der neue Reichsernährungsminister Dr. Luther sprach am Montag noch in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister der Stadt Essen und sagte u. a., er befürchte, daß die allgemeine Volksgunst, die ihn nach Berlin begleitete, sehr bald einer Ernüchterung Platz machen werde. Die Volksgunst sei immer wandelbar. Manche seiner Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik würden vielleicht im ersten Augenblick nicht verstanden werden. Darauf könne man aber keine Rücksicht nehmen.

Schutz ehemaliger und gegenwärtiger Minister. Das Gesetz zum Schutze der Republik stellt die früheren und jetzigen republikanischen Minister des Reiches und der Länder unter besonderen Schutz. Vor 880 Personen muß sich die Kritik und Polemik in Acht nehmen. In einer Broschüre „Der Schutz der Republik" ist das Gesetz und eine Liste der geschützten Minister und Exminister mit Vorbildung und Laufbahn zusammengestellt. Darnach wurden nach dem Kriege in Deutschland u. a. Minister: 62 Gewerkschaftssekretäre, 88 Redakteure und Schriftsteller, 82 Rechtsanwälte, 30 sonstige Juristen, 2[illegible] Kaufleute, 16 Metallarbeiter, 18 Landwirte, 11 Professoren, [illegible] Lehrer, 6 Holzarbeiter, 6 Industrielle, 5 Gastwirte, 5 Buchdrucker, 5 Philologen und Privatgelehrte, 4 Post- und Eisenbahnbeamte, 3 Zeitungsverleger, 3 Tabakarbeiter, 3 Offiziere, je zwei Schneider, Maler, Lederarbeiter, Sattler, Bäcker, Brauer, Stellmacher, Glasmacher, Ingenieure, Mediziner, [illegible] ein Tapezierer, Maurer, Bergmann, Waschfrau, Brauereidirektor, Bankdirektor, evangelischer, katholischer Pfarrer.

Beamtenbeihilfen. Die von der Reichsregierung als Kreditbilfe an Beamte bereitgestellten Geldmittel zur Beschaffung von Heizmaterial und Wintervorräten sind aufgebraucht, sie haben bei der unausgesetzt gestiegenen Teuerung nicht ausgereicht, den zahlreichen Anforderungen zu genügen. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat eine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, ob sie bereit ist, zur Abhilfe der großen Notlage baldigst weitere Geldmittel bereitzustellen. Die Fraktion hat weiter angefragt, ob die Reichsregierung bereit ist, Notstandsbeihilfen, wie sie durch Verfügung des preußischen Finanzministers vom 25. August betr. „Grundsätze für die Gewährung von Notstandsbeihilfen an unmittelbare Staatsbeamte" für preußische Beamte eingeführt sind, auch den Reichsbeamten zu gewähren.

Die Notlage der Studienassessoren und Junglehrer. Der Bildungsausschuß des Reichstages nahm folgende Entschließungen am 6. Dezember an: 1. die Reichsregierung möge sich wegen Herabsetzung der Höchstbesetzung von Klassen mit den Ländern ins Benehmen setzen, 2. stellenlose Studienassessoren und Junglehrer sollen im Dienst der Reichsverwaltung verwendet und Maßnahmen zugunsten der Unterbringung in anderen geeigneten Berufen erwogen werden; wegen Anrechnung der Zeit der Stellenlosigkeit auf das Dienstalter soll sich die Regierung mit den Ländern ins Benehmen setzen. Ferner wurde auf Antrag des Demokraten Weiß bei der Berichterstattung darauf hingewiesen, ob nicht die Bestimmungen über produktive Erwerbslosenunterstützung dahin abgeändert werden können, daß deren Mittel auch für geistige Arbeit Anwendung finden.

Mieterschutz und Wohnungsbau. Der Wohnungsausschuß des Reichstages kommt bei dem Widerstreit der Meinungen nur langsam vorwärts, sodaß noch 6 bis 8 Sitzungen erforderlich sein werden, um die erste Lesung des Mieterschutzgesetzes zu beenden. Der Wohnungsneubau wird durch die dauernde Steigerung der Materialpreise und Löhne immer wieder in Frage gestellt. In einer Besprechung der Landesforstverwaltung mit Wohnungsbauvertretern wurden für die Belieferung mit Holz, das jetzt etwa das 4000fache des Friedenspreises kostet, so wenig annehmbare Vorschläge gemacht, daß die Vertreter des Wohnungsausschusses erklärten, daß auf dieser Grundlage nicht nur jeder Neubau unmöglich sei, sondern daß nicht einmal an einen Ausbau von Dachgeschossen gedacht werden könne.

Wenn die Aehren reifen.

Erzählung von Leontine von Winterfeld-Platen.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Durch die bunten Glasscheiben der Kirchenfenster schoben sich die ersten Sonnenstrahlen und tanzten ein verschämtes Solo auf den Steinfließen vor dem Altar.

Lise hatte es zuerst gesehen und puffte Rolf abermals, weil sie einfach nicht anders konnte vor Wonne:

„Rolfi, die Sonne ist da. Dann können wir draußen Eier suchen."

Wieder ein warnender Blick der Schwester. Lises Augen aber hingen wie gebannt in stummem Entzücken an den Sonnenkringeln auf der Erde, die größer und größer wurden.

Es dünkte sie schier eine Ewigkeit, bis der Pastor Amen sagte und man wieder sang.

Nach dem Gottesdienst, als sie alle draußen vor der Kirchtür standen im hellen Sonnenschein, sagte Frau Pastorin Kirsten zu Ursula:

„Nicht wahr, Sie kommen mit den Kindern gleich nach Tisch zu uns? Bitte, nicht „nein" sagen und die Kinder allein schicken, gerade Sie möchten wir auch so gern dabei haben. Und Kinder, zum Eiersuchen müßt ihr mir aber die schwarzen Kleider ausziehen, die ruiniert ihr mir sonst. Wir verstecken im Garten, da zieht nur was Helles, Waschbares an, wenigstens ihr beiden Kleinen."

Rolf und Lise sahen sie mit strahlenden Augen an, sodaß sie sich herabbeugen und die frischen roten Mündchen küssen mußte.

„Ich habe auch Waffeln zum Kaffee gebacken," flüsterte sie Lise ins Ohr.

Nach langem Zureden versprachen auch Frau von Wolten und Ulli zu kommen.

Sie hatten einen seligen Nachmittag hinter der hohen Mauer des Pfarrgartens verlebt. Mit glühenden Wangen und leuchtenden Augen waren Rolf und Lise mit ihrem Spankörbchen die langen Buchsbaumrabatten entlang gelaufen und hatten hier ein leuchtendes buntes und dort ein unscheinbares graues Kätzchen in dem dichten Grün entdeckt. Es war solch schöner, warmer Frühlingstag gewesen, und sie hatten nicht einmal Jacken anzuziehen brauchen. Die Mandelbäume im Pfarrgarten blühten rosa, und die Kirschen und Pflaumen schneeweiß. Hier und da zwängte sich schon eine vorwitzige Hyazinthenzwiebel mit ihren dunklen Knospen ans Licht. Und die Narzissen am Wegrand, die in langen Reihen den Buchsbaum säumten, spreizten sich ungeduldig auf langen, weichen Stielen, weil sie auch bald aufbrechen wollten. Ein weicher, sternklarer Frühlingsabend hatte sich über den ersten Ostertag gesenkt. Lachende, schwatzende Mädchen in bunten Sonntagskleidern zogen die Dorfstraße entlang. Vor den Bauernhäusern saßen die Alten und lauschten dem frohen Kreischen der spielenden Kinder. Aus der Ferne klang irgendwo eine Ziehharmonika. Im Dorfteich spiegelte sich der Mond, der durch die kahlen, klebrigen Kastanienknospen blinzelte. Um den eulenbevölkerten Giebel des Pfarrhauses schoben lautlos die ersten Fledermäuse.

Im Eßzimmer brannte die Hängelampe. Die Kinder tauschten und handelten an dem großen Eßtisch mit ihren gefundenen Schätzen. Frau Kirsten war in ihrem Element und lustiger als alle zusammen, sodaß sie auch Gerda mit ihrem Frohsinn ansteckte. Bei seinen noch strohgedeckten Rosenrabatten schritt der Pastor mit Ulli Haibom auf und ab und ließ sich von dem jungen Menschen von München erzählen.

Theobat hatte scheu und glücklich die Gelegenheit wahrgenommen, mit Ursula Wolten einmal ein Wörtchen allein zu reden, wie er es sich schon lange vorgenommen und gewünscht hatte.

Zuerst hatten sie von diesem und jenem geredet, bis er plötzlich von ihrem gemeinsamen Studium in München auf Ulrich allein übersprang.

Die heiße Liebe zu seinem Freunde riß ihn hin, daß er vergaß, zu wem er sprach.

Ursula Wolten hörte ihm erstaunt zu, sie hatte den mit Ulli nie so angesehen, so von dieser ernsten, eindringlichen Seite. Sie warf von Zeit zu Zeit einen verwunderten Blick auf den jungen Mann neben ihr, der so fest und sicher schritt und so warm für seinen Freund warb.

„Ulli ist nicht launisch und unhöflich, gewiß nicht. Wenn es auch oft den Anschein hat. Aber er leidet sehr, besonders unter der schweren Krankheit seiner Mutter. Man muß versuchen, ihn aufzuheitern, auf andere Gedanken zu bringen. Sonst vergräbt er sich in seine Büchern. Und das ist sein Verderb. Wenn er liest, am liebsten das, was mit ätzendem Sarkasmus und [illegible] rem Hohn gegen alle göttliche Gerechtigkeit geschrieben ist. Er wühlt im [illegible] Naturalismus, im tiefsten Jammer der Menschheit und spottet über jeden Balsam, den man ihm für seine Wunden zu reichen versucht. [illegible] wenn man ihn wieder [illegible] könnte! Ich weiß [illegible] nicht, wann er zuletzt lachte."

Theobat stieß einen tiefen Seufzer aus und strich mit der Hand über die feuchtnasse Hecke. Ursula blieb stehen und sah ihn ängstlich aus großen dunklen Augen an.

„Ja, aber was soll ich denn dabei machen, Herr Kirsten? Er ist immer so verschlossen. Und ich habe mich eigentlich auch noch gar nicht so ordentlich mit ihm beschäftigt und über ihn nachgedacht. Weil ich selbst noch zu schwer an meinem eigenen Kummer zu tragen habe."

Theobat sagte einfach:

„Wenn man andern ihren Kummer tragen hilft, vergißt man, glaube ich, daß eigene Leid am ehesten."

Ursula Wolten fand den jungen Menschen nahe